

Pressemitteilung, 19. August 2010

Post an Frau Merkel 41

Billiger, billiger!

Betreiber von Kernkraft hebeln ihre eigenen Argumente aus

Kernenergie sei günstig, wiederholen die Sprecher der Energiekonzerne beständig als Hauptargument für Atomstrom. Nun sollen über eine Brennelementesteuer minimal die externen Kosten eingepreist werden. Viel zu wenig Geld, verglichen mit den gesellschaftlichen Folgekosten, aber angeblich bereits zu viel finanzieller Aufwand für die Atomkonzerne. Sie müssen nach eigenen Angaben die Rentabilität der Kernkraftwerke prüfen.

Die Brennelementesteuer

Sigmar Gabriel (SPD) hatte bereits 2009 die Brennelementesteuer für Uran, den Treibstoff der Atomkraftwerke, gefordert. Er wollte mit den Geldern die volkswirtschaftlichen Folgekosten der Endlagerung wenigstens teilweise ausgleichen. Nun wird die Steuer diskutiert und soll politisch umgesetzt werden. Über 2,3 Milliarden Euro plant das Finanzministerium jährlich einzunehmen und hat dieses Geld für den laufenden Haushalt bereits verplant.

Günstig für wen?

Trotzdem 2,3 Milliarden Euro jährlich nicht einmal für die laufenden volkswirtschaftlichen Kosten der Uranwirtschaft ausgleichen würden, vor allem nicht, wenn zu der Endlagerung hierzulande auch die Schäden durch Abbau und Aufbereitung mit berechnet würden, stoßen die Kernkraftwerke scheinbar bereits durch diese geringe Summe an ihre Rentabilitätsgrenzen.

Die Stromkonzerne sprechen davon, dass sie einfach nicht zahlen wollen, oder die Kraftwerke abschalten werden. In jedem Fall müssten sie jedoch die Rentabilität ihrer Kraftwerke noch einmal überprüfen. Da könne es durchaus zu Laufzeitverkürzungen statt zu Verlängerungen kommen.

Die Aktion „Post an Merkel“ läuft und läuft

Die meisten Bürger würden diese Richtungsänderung begrüßen. Die Betreiber der Kernkraftwerke hebeln damit also nicht nur ihre eigenen Argumente selber aus, sondern auch ihre Drohungen. Die Mehrheit der Bevölkerung ist für erneuerbare Energien und gegen Kernenergie. Beides gemeinsam funktioniert nicht. Deshalb machen sich tausende Bürger stark gegen die Atomenergie und versuchen sich Gehör zu verschaffen. Unter anderem auch mit der Aktion „Post an Merkel“. Auf Postkarten können Menschen zwischen Laufzeitverlängerungen, Beibehaltung des Atomkonsenses oder sogar einem schnelleren Ausstieg aus der Atomenergie wählen. Die Postkarten werden seit Juni in regelmäßigen Abständen und in steigender Anzahl an Frau Bundeskanzlerin Merkel geschickt. Am 19. August erhält Frau Merkel mit der 41. Sendung bereits 41 Postkarten. Über die Sommerpause bis zum 9. September läuft die Aktion in einem wöchentlichen Rhythmus weiter und wird im Herbst vor der angekündigten Entscheidung bezüglich der deutschen Atomkraftwerke noch mal Gas geben.

Mit jeder Sendung informieren Umweltorganisationen das Kanzleramt über markante Zahlen und Daten aus dem Bereich Erneuerbare Energien oder Kernkraft. Mittlerweile liegen über 1.400 ausgefüllte Postkarten vor. Die Menschen fordern eine konsequente und schnelle Förderung der erneuerbaren Energien und wollen den Atomkonsens wie geplant beibehalten oder sogar einen schnelleren Ausstieg aus der Kernenergie. Nach vorsichtigen Schätzungen der Teilnehmer stehen hinter den Aussagen der Menschen zusätzlich über 20.000 Bekannte, Freunde und Verwandte. Dabei wurden übertriebene Schätzungen nicht berücksichtigt. Die Aktion wurde initiiert von Energie in Bürgerhand, Mütter gegen Atomkraft, projekt21plus und WECF.

Relevante Zahl zur Nummer 41

Mit jeder Sendung bekommt Frau Merkel einen Brief mit relevanten Fakten passend zur Postkartenanzahl. Folgende Information erreichte die Bundeskanzlerin heute:

41 Karten für 41 Prozent

Seit 1999 forscht das Fraunhofer ISE Institut an so genannten metamorphen Mehrfachsolarzellen, eine spezielle Art der Solarzellen aus III-V-Halbleiterkombinationen. Am 14.01.2009 gab das Institut bekannt, dass sie für die Umwandlung von Sonnenlicht in elektrischen Strom erstmals einen Wirkungsgrad von 41,1% erzielt haben.

Alle Briefe an Frau Merkel und viele weitere Informationen stehen auf der Webseite <http://www.nein-zu-atomkraft.de> als Download zur Verfügung.

Für **Fragen** steht Ihnen **Frau Trudel Meier-Staude (089-35 65 33 44 oder 0177-598 33 97)** von projekt21plus gerne zur Verfügung.

Koordiniert von:

projekt21plus – energie neu denken
Trudel Meier-Staude
Tel. 089 35653344
Mob. 0177-598 33 97
Web www.projekt21plus.de
Mail info@projekt21plus.de

Mit initiiert und getragen von:

WECF – Women in Europe for a Common Future e.V.
www.wecf.eu
Energie in Bürgerhand eG
www.energie-in-buergerhand.de

Mütter gegen Atomkraft e.V.
www.muettergegenatomkraft.de

Unterstützt von:

ergon e.V.
www.unsereregemeinsamesache.de

Nuclear Free Future Award
www.nuclear-free.com

Urgewald e.V.
www.urgewald.de

NaturStromHandel GmbH
www.naturstrom.de

Elektrizitätswerke Schönau Vertriebs GmbH
www.ews-schoenau.de

ÖKO-HAUS GmbH
www.oeko-haus.com

Greencity e.V.
www.greencity.de

Umweltinstitut München e.V.
www.umweltinstitut.org

Thomas Krüßmann
www.thomas-k.de

Bürgerinitiative Isartal e.V.
www.bi-isartal.org

Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Solarinitiativen
www.solarinitiativen.de

E.F. Schumacher-Gesellschaft für politische Ökologie e.V.
www.e-f-schumacher-gesellschaft.de

BüfA -
Bündnis für Atomausstieg

KettenreAktion Bonn – AntiAtomBonn e.V.
www.antiatombonn.de

... und viele mehr